

Insolvenzplan indem Insolvenzverfahren über das Vermögen der
a.i.s. AG, Auf der Aue 9,69488 Birkenau,
Amtsgericht Darmstadt, Insolvenzgericht, Aktenzeichen 9 IN 517/15

Insolvenzplan (geändert)

vorgelegt durch den Insolvenzverwalter in dem

über das Vermögen der
a.i.s. AG, Auf der Aue 9, 69488 Birkenau

Insolvenzverfahren
AG Darmstadt
Aktenzeichen 9 IN 517/15 am

22.09.2022

I.
(Darstellender Teil)

1) Historie der a.i.s. AG

Die Gesellschaft wurde durch Satzung vom 12. Dezember 1990 gegründet.

Zum 25. Januar 2005 wurde die Gesellschaft im Handelsregister des Amtsgerichts Köln unter HRB 54625 eingetragen.

Zum Vorstand wurde zunächst Herr Dr. Karl Udo Strauß bestellt.

Über das Vermögen der Gesellschaft war bereits im Jahr 2003 ein Insolvenzverfahren anhängig, das später durch einen Insolvenzplan beendet wurde. Über dieses vormalige Insolvenzverfahren ist mir relativ wenig bekannt. Es wurde durch einen Insolvenzplan beendet.

Durch Beschluss des Amtsgerichts Duisburg vom 31. Oktober 2003 (Aktenzeichen 62 IN 305/03) wurde vormals ein Insolvenzverfahren über das Vermögen der Gesellschaft eröffnet.

Auf Grund des Beschlusses der Hauptversammlung vom 20. Dezember 2004 wurde die Gesellschaft fortgesetzt.

Das Insolvenzverfahren wurde mit Beschluss vom 29. April 2005 aufgehoben.

Die Anordnung der Überwachung der Erfüllung des Insolvenzplans wurde durch Beschluss vom 03. Juli 2006 aufgehoben.

Am 14. August 2007 wurde Herr Dr. Johan Charles Bendien zum Vorstand bestellt. Dieser hat die Geschäfte der a.i.s. AG verantwortlich geführt bis zur Insolvenzeröffnung im Jahr 2015.

2) Rechtliche Verhältnisse

Die Gesellschaft hat ihren satzungsmäßigen Sitz Auf der Aue 9, 69488 Birkenau. Die rechtlichen Verhältnisse stellen sich heute wie folgt dar:

Firma:	a.i.s. AG
Rechtsform:	Aktiengesellschaft
Sitz:	Birkenau
Anschrift:	Auf der Aue 9, 69488 Birkenau
Handelsregister:	Amtsgericht Köln, HR/B 54625
Geschäftsjahr:	Kalenderjahr
Unternehmensgegenstand:	<p>i. Leitung · des Unternehmens a.i.s. AG, deren Zweck Vertrieb, Engineering und Bereitstellung von Lösungen zur Energiegewinnung aus Abfallprodukten für kommunale und industrielle Anwendung,</p> <p>ii. weiterhin der Handel von Energie und Rohstoffen im In- und Ausland und die Erbringung von Dienstleistungen in Verbindung mit diesem Handel,</p> <p>iii. ferner der Erwerb, Besitz und die Verwaltung sowie die Veräußerung von Beteiligungen an Gesellschaften jeder Art und Rechtsform im In- und Ausland,</p> <p>iv. schließlich die Erbringung von Dienstleistungen aller Art für Beteiligungsgesellschaften sowie für fremde Personen, insbesondere Finanz- und Managementdienstleistungen, soweit sie nicht nach den öffentlich-rechtlichen Vorschriften genehmigungspflichtig sind.</p>
Geschäftsführung:	Herr Dr. Johan Charles Bendien.
Aufsichtsrat	Herr Dr. Ing. Klaus Willmann Herr Markus Neth Herr Dr. Jürgen Tiedke
Statuarisches Kapital	€ 10.226.000 (aufgeteilt in 8.000.000 nennwertlose Aktien)

3) Vorläufiges Insolvenzverfahren

Das Amtsgericht Darmstadt hat den Unterzeichner aufgrund des Insolvenzantrags des Gläubigers Finanzamt Darmstadt vom 27. Mai 2015, eingegangen bei Gericht am 03. Juni 2015, durch Beschluss vom 24. Juli 2015 zum Sachverständigen bestellt, mit der Maßgabe festzustellen, ob Tatsachen vorliegen, die auf (drohende) Zahlungsunfähigkeit und/oder Überschuldung der Schuldnerin hinweisen und ob eine die Verfahrenskosten deckende Insolvenzmasse vorhanden ist.

Es soll ferner geprüft werden, ob vorläufige Anordnungen zur Sicherung der Masse (allgemeines Veräußerungsverbot, vorläufige Verwaltung, Postsperre, usw.) erforderlich sind.

Ich habe unmittelbar nach meiner Beauftragung meine Ermittlungen aufgenommen und Sicherungsbedarf festgestellt, welchen ich dem Gericht mit Bericht vom 26. August 2015 mitgeteilt habe.

Das Insolvenzgericht hat daraufhin mit Beschluss vom 08. April 2014 den Unterzeichner zum starken vorläufigen Insolvenzverwalter bestellt und beschlossen,

1. dem Schuldner ein allgemeines Verfügungsverbot gemäß § 21 Abs. 2 Nr. 2 InsO auferlegt; die Verfügungsbefugnis über das Vermögen geht auf den vorläufigen Insolvenzverwalter über.
2. Maßnahmen der Zwangsvollstreckung in das Schuldnervermögen einstweilen einzustellen bzw. zu untersagen, soweit nicht unbewegliche Gegenstände betroffen sind,
3. den vorläufigen Insolvenzverwalter zu ermächtigen, Forderungen der Schuldnerin einzuziehen bzw. Guthaben sicherzustellen.

Der Vorstand der a.i.s. AG, Herr Dr. Bendien, hat diverse Aufforderungen des Unterzeichners, seinen gesetzlichen Mitwirkungspflichten im Rahmen des Insolvenzantragsverfahrens nachzukommen, ignoriert. Er wurde sowohl mehrfach schriftlich, per Fax, als auch per E-Mail und telefonisch auf seine insolvenzrechtlichen Auskunfts- und Mitwirkungspflichten hingewiesen.

Der Vorstand hat zwar mehrfach zugesichert, die Auskünfte zu erteilen und die ihm übersandte Befreiung von der Verschwiegenheitspflicht unterzeichnet hereinzugeben. Diesem Versprechen ist er nicht nachgekommen; er hat sich vielmehr totgestellt und jegliche Kooperation verweigert.

Der Unterzeichner war daher gezwungen, die wesentlichen rechtlichen Verhältnisse allein anhand der vorliegenden Unterlagen, insbesondere der Unterlagen des Handelsregisters sowie der finanzgerichtlichen Verfahrensakte, festzustellen.

Hieraus ergab sich eindeutig das Vorliegen der Zahlungsunfähigkeit im Sinne von § 17 Abs. 1 InsO.

Denn es bestehen fällige Gesamtverbindlichkeiten gegenüber dem Finanzamt Darmstadt in Höhe von € 7.290.215,73 (Umsatzsteuer 2011 bis 2013, sowie Nebenforderungen), denen lediglich sehr geringe liquide Mittel, in Höhe von € 656,04, gegenüberstanden.

Die steuerlichen Ansprüche sind durch Bescheide des Finanzamtes Darmstadt tituliert und damit fällig. Die a.i.s. AG hat vormals überhaupt nur in Bezug auf einen relativ kleinen Bruchteil, in Höhe von € 825.287,50, einen Antrag auf Aussetzung der Vollziehung gestellt; der Restbetrag ist daher eindeutig überfällig.

Hieran ändert auch der von der a.i.s. AG gegen die Steuerbescheide eingelegte Einspruch nichts. Denn die steuerlichen Forderungen bestehen kraft Bescheides des Finanzamtes Darmstadt und sind auch fällig. Lediglich dann, wenn der Einspruch der a.i.s. AG ganz überwiegende, nahezu eindeutige Erfolgsaussichten gehabt hätte, wäre dies eventuell anders zu sehen gewesen. Da die a.i.s. AG ihren Einspruch gegen die Steuerbescheide indes nicht detailliert begründet hat, kann, schon mangels Vorliegens einer entsprechenden Begründung des Einspruchs, auch nicht von einer rechtswidrigen Steuerfestsetzung des Finanzamtes Darmstadt ausgegangen werden. Anhaltspunkte für eine Unrichtigkeit der Steuerbescheide waren und sind nicht ersichtlich; der Vorstand der a.i.s. AG schieg sich hierzu aus. Im Rahmen des Insolvenzantragsverfahrens war daher von dem Bestehen der steuerlichen Forderungen des Finanzamtes auszugehen.

Das Amtsgericht Darmstadt, Insolvenzgericht, hat daher am 08. Dezember 2015 das Insolvenzverfahren über das Vermögen der a.i.s. AG eröffnet und den Unterzeichner zum Insolvenzverwalter bestellt.

4) Eröffnetes Insolvenzverfahren

Zu dem bisherigen Verlauf des eröffneten Insolvenzverfahren ist Folgendes zu sagen:

Die Tätigkeit des Unterzeichners im Rahmen des Insolvenzverfahrens bestand vor allem in

- der Aufklärung steuerrechtlicher Fragen, insbesondere der Frage, ob die Ansprüche des Finanzamtes Darmstadt in der vormals geltend gemachten Höhe bestehen,
- der Realisierung verschiedener kleinerer Vermögenswerte sowie
- der Prüfung etwaiger Ansprüche aus §§ 129ff. InsO (Insolvenzanfechtung) sowie

- der Prüfung etwaiger Haftungsansprüche gegenüber Vorstand und Aufsichtsrat der a.i.s. AG.

In dem letztgenannten Zusammenhang wurden Haftungsansprüche gegenüber dem Vorstand Dr. Bendien identifiziert, die aktuell vor dem Landgericht Darmstadt unter dem Aktenzeichen 12 O 102/19 gerichtlich geltend gemacht, durch Einreichung eines Antrages auf Gewährung von Prozesskostenhilfe mitsamt Klageentwurf. Die Geltendmachung und Durchsetzung war jedoch letztlich nicht möglich, da der Antrag auf Gewährung von Prozesskostenhilfe letztlich keinen Erfolg hatte.

a) Aktiva

Es haben sich im Rahmen des Insolvenzverfahrens folgende Aktiva ergeben:

aa) Umsatzsteuererstattungen

Es wurden Umsatzsteuererstattungen in Höhe von € 1.034,25, € 1.421,44 und € 1.282,50 vereinnahmt.

bb) Bankguthaben

Die Kontoguthaben der a.i.s. AG bei der Commerzbank AG, in Höhe von € 498,33 und € 121,26, wurden eingezogen.

cc) Vorsteuererstattungsanspruch

Es wurde ein Rechtsstreit geführt gegen das Finanzamt Darmstadt vor dem Hessischen Finanzgericht zu dem Aktenzeichen 1 K 1354/16. Gegenstand des Rechtsstreites sind Vorsteuererstattungsansprüche aus Rechnungen, welche das Finanzamt Darmstadt nicht anerkennen will, da es sich nach Ansicht des Finanzamtes Darmstadt um Scheingeschäfte handelt, für die kein Vorsteuerabzug gewährt werden kann (sogenannte „Karrussellgeschäfte“, strafbare Steuerhinterziehung).

dd) Anfechtungsansprüche

Die Prüfung eventueller Ansprüche aufgrund von anfechtbaren Rechtshandlungen gemäß §§ 129ff. InsO hat zwar Anhaltspunkte für solche, letztlich aber keine gerichtlich durchsetzbaren Ansprüche ergeben; es fehlt an entsprechenden Unterlagen, insbesondere Buchhaltungsunterlagen, aus denen erkennbar wäre, wer, wann, was erhalten hat.

ee) Vorstandshaftung

Ich habe Bograkos Rechtsanwälte, Am Borsigturm 17, 13507 Berlin mit der Geltendmachung von Ansprüchen gemäß § 93 Abs. 2 Satz 1, Abs. 3 Nr. 6 AktG, § 92 Abs. 2 Satz 1 AktG in Höhe von insgesamt € 87.620,11 gegenüber dem Vorstand der a.i.s. AG beauftragt.

Die beauftragten Rechtsanwälte haben Herrn Dr. Bendien mit Aufforderungsschreiben vom 19. Juni 2019 unter Fristsetzung bis zum 10. Juli 2019 zur Zahlung aufgefordert. Der Vorstand hat hierauf indes nicht reagiert.

Bograkos Rechtsanwälte haben daraufhin einen Prozesskostenhilfeantrag nebst Klageentwurf bei dem Landgericht Darmstadt eingereicht (Aktenzeichen 12 O 102/19). Der Antragsgegner hat beantragt, eine PkH-Bewilligung abzulehnen, da der Klage keine Erfolgsaussichten beizumessen seien und zudem auch die Voraussetzungen für eine Gewährung von Prozesskostenhilfe nicht vorlägen, weil den Insolvenzgläubigern die Finanzierung des Rechtsstreites wirtschaftlich zumutbar sei.

Mit Beschluss vom 20. Oktober 2020, zugestellt am 29. Oktober 2020, hat das Landgericht den PkH-Antrag zurückgewiesen.

Die beauftragten Rechtsanwälte haben gegen den Beschluss das Rechtsmittel der sofortigen Beschwerde eingelegt.

Die sofortige Beschwerde hatte Erfolg; das OLG Frankfurt am Main hat den ablehnenden Beschluss aufgehoben und die Sache zur erneuten Entscheidung an das Landgericht Darmstadt zurückverwiesen.

Das Landgericht Darmstadt hat daraufhin den PkH-Antrag erneut abgelehnt. Die beauftragten Rechtsanwälte haben gegen diesen Beschluss am 16. April 2021 sofortige Beschwerde eingelegt.

Das OLG Frankfurt am Main hat den PkH-Antrag schließlich endgültig zurückgewiesen. Es hat hierbei sinngemäß ausgeführt, die Finanzierung des Rechtsstreites sei dem größten Gläubiger, dem Land Hessen, zumutbar, weshalb die Gewährung von Prozesskostenhilfe nicht in Betracht komme.

Die Sache ist damit abgeschlossen.

b) Passiva

Es haben bislang 15 Gläubiger Forderungen in Höhe von insgesamt € 8.183.593,34 zur Insolvenztabelle angemeldet. Die angemeldeten Forderungen sind größtenteils bestritten. Es sind bislang nur Insolvenzforderungen in Höhe von € 46.895,69 zur Insolvenztabelle festgestellt.

Größter Gläubiger ist das Land Hessen, vertreten durch das Finanzamt Darmstadt, mit einer angemeldeten, bestrittenen Forderung in Höhe von € 7.615.408,93. Es handelt sich hierbei um steuerliche Ansprüche, Umsatzsteuer, aufgrund von nicht anerkannten Vorsteuerabzugsbeträgen aus Rechnungen von Lieferanten der a.i.s. AG.

c) aktuelle Insolvenzmasse

Es ist aktuell eine Insolvenzmasse in Höhe von € 144,96 (Stand 04. November 2021) vorhanden.

d) Masseverbindlichkeiten

Dem stehen folgende Masseverbindlichkeiten gegenüber:

aa) Verfahrenskosten

Es sind bislang Verfahrenskosten wie folgt angefallen:

Gerichtskosten	609,00
Sachverständigenkosten	818,13
Vergütung vorläufiger Insolvenzverwalter	1.368,50
Vergütung Insolvenzverwalter	2.927,42
Auslagenersatz Insolvenzverwalter	1.045,09
SUMME	6.768,14
Vorschuss vorläufiger Insolvenzverwalter	-1.368,50
SUMME (bereinigt)	5.399,64

Maßgebliche Berechnungsgrundlage nach GKG bzw. InsVV ist die bislang vereinnahmte Insolvenzmasse in Höhe von € 6.150,45, ohne den von dem Investor auf dem Treuhandkonto hinterlegten Betrag in Höhe von € 159.500,00.

bb) Sonstige Masseverbindlichkeiten

Ferner bestehen folgende sonstige Masseverbindlichkeiten:

Bundesamt für Justiz	€	0,00
Bundesanstalt für Finanzdienstleistungen	€	3.107,00
Deutsche Börse AG	€	77.960,67
SUMME	€	81.067,67

5) Im Rahme des Insolvenzplans geplante Maßnahmen

Im Rahmen des Insolvenzplans sollen folgende Maßnahmen umgesetzt werden:

- Übertragung von 73,50 Prozent der Anteile der bisherigen Aktionäre der a.i.s. AG auf den Investor gegen Zahlung eines Betrages von insgesamt € 159.500 brutto an den Insolvenzverwalter.
- Erhalt der bestehenden Börsenzulassung der a.i.s. AG (ohne Haftungsübernahme des Insolvenzverwalters, da der Investor hierzu anwaltlich beraten ist).

Wegen der Einzelheiten wird auf die Ausführungen im gestaltenden Teil des Insolvenzplans verwiesen.

6) Erläuterung der Gruppenbildung

Im Rahmen des Insolvenzplans werden folgende Gruppen gebildet:

- Öffentlich-rechtliche Insolvenzgläubiger
- Privatrechtliche Insolvenzgläubiger
- Aktionäre der a.i.s. AG, nahestehende Personen

Die Gläubigergruppen werden hierbei wie folgt definiert:

Gruppe 1: Öffentlich-rechtliche Insolvenzgläubiger

Angehörige der Gruppe 1, Öffentlich-rechtliche Insolvenzgläubiger, sind:

- Insolvenzgläubiger, die selbst Teil der öffentlichen Hand sind (also z.B. Bund, Länder, Gemeinden, deren Verwaltungsbehörden, rechtlich selbstständige Sondervermögen) bzw.
- Insolvenzgläubiger, deren Forderungen öffentlich-rechtlicher Natur sind (also etwa Ansprüche von IHKs, Universitäten, öffentlich-rechtlichen Stiftungen, beliehenen Unternehmen usw.).

Gruppe 2: Privatrechtliche Insolvenzgläubiger

Angehörige der Gruppe 2, Privatrechtliche Insolvenzgläubiger, sind:

- Insolvenzgläubiger, deren Forderungen privatrechtlicher Natur sind

Gruppe 3: Aktionäre der a.i.s. AG

Angehörige der Gruppe 3, Aktionäre der a.i.s. AG sind:

- Die Aktionäre der a.i.s. AG, mit ihren Anteilen an der Gesellschaft

Aus den Beteiligten mit gleicher Rechtsstellung können gemäß § 222 Abs. 2 InsO Gruppen gebildet werden, in denen Beteiligte mit gleichartigen wirtschaftlichen Interessen zusammengefasst werden. Die Gruppen müssen sachgerecht voneinander abgegrenzt werden. Die Kriterien für die Abgrenzung sind im Plan anzugeben.

Vorliegend wird differenziert zwischen Gläubigern mit Forderungen öffentlich-rechtlicher Natur, insbesondere dem Land Hessen, einerseits sowie den Gläubigern mit privatrechtlich begründeten Forderungen andererseits.

Diese Differenzierung knüpft an der Rechtsnatur der Forderungen der Gläubiger und der hieraus folgenden, unterschiedlichen Interessenlage an. Während öffentlich-rechtliche Gläubiger sich schon aufgrund haushaltsrechtlicher Beschränkungen in aller Regel sehr schwer damit tun, auf nominale Forderungen teilweise zu verzichten, sind privatrechtliche Gläubiger in aller Regel überwiegend kaufmännisch motiviert; für diese ist allein maßgeblich, ob der Insolvenzplan zu einem höheren Ertrag führt.

Gemäß §§ 222 Abs. 1 Nr. 4, 225 Abs. 2, 3 InsO ist stets eine Gruppe für die Anteilseigner zu bilden, sofern in deren Rechte eingegriffen wird, was im Rahmen des vorliegenden Insolvenzplans der Fall ist. Die Differenzierung ist daher sachgerecht.

6) Vergleichsrechnung

Bei Vergleich der Situation ohne bzw. mit Insolvenzplan ergibt sich folgendes Ergebnis:

a) Situation ohne Insolvenzplan

Ohne den vorliegenden Insolvenzplan ist aktuell noch eine Insolvenzmasse in Höhe von € 144,96 vorhanden.

Diese deckt nicht einmal die Kosten des Insolvenzverfahrens.

Das Insolvenzverfahren wäre daher gemäß § 207 Abs. 2 InsO, mangels einer die Verfahrenskosten deckenden Insolvenzmasse, einzustellen.

Die Kosten des Insolvenzverfahrens könnten in diesem Fall nur anteilig bezahlt werden. Die sonstigen Masseverbindlichkeiten könnten in diesem Fall überhaupt nicht bezahlt werden.

Sämtliche Insolvenzgläubiger sowie auch die Aktionäre der a.i.s. AG würden in diesem Fall kein Geld erhalten.

b) Situation mit Insolvenzplan

Bei Durchführung des vorliegenden Insolvenzplans ergäbe sich hingegen folgende Situation:

Insolvenzmasse (aktuell)	144,96
Zahlung Investor	159.500,00
Insolvenzmasse insgesamt	159.700,00
abzüglich Gerichtskosten	-4.971,00
abzüglich Sachverständigenkosten	-818,13
abzüglich Vergütung vorläufiger Insolvenzverwalter	- 1.368,50
abzüglich Vergütung Insolvenzverwalter	-50.000,00
Umsatzsteuer 19%	-9.500,00
abzüglich Auslagenpauschale	0,00
abzüglich Masseverbindlichkeiten	-81.067,67
Erstattung Vorsteuer 19%	9.500,00
Freie Insolvenzmasse	21.474,70
Insolvenzforderungen nach § 38 InsO	8.183.593,34
Insolvenzquote für Gruppe 1 bis 3	0,26%

Es ergäbe sich also eine Insolvenzquote zu Gunsten der Gläubiger; die Gläubiger stehen mit dem Insolvenzplan also besser als ohne diesen.

Sofern die Forderungen des Landes Hessen in Höhe von € 7.615.407,93 im Rahmen eines eventuellen Rechtsstreites vor den Finanzgerichten später nur teilweise festgestellt werden sollten, ergäbe sich eine entsprechend höhere Insolvenzquote.

Im Hinblick auf die potenziellen Erträge aus der Prozessführung gegen den Vorstand der a.i.s AG, Herrn Dr. Bendien, ergäbe sich keine Veränderung gegenüber der Situation ohne Insolvenzplan; der Rechtsstreit wird nicht weitergeführt. Denn zum einen hat der Investor lediglich Geld zur Verfügung gestellt zur Befriedigung der Insolvenzgläubiger (Zweckbestimmung); eine Umwidmung der Gelder kommt daher nicht in Betracht.

Ferner ist es auch sehr zweifelhaft, ob es, wenn es rechtlich möglich wäre, wirtschaftlich sinnvoll wäre, einen langwierigen und teuren Prozess gegen Dr. Bendien auf Kosten der Insolvenzgläubiger zu führen. Denn dies würde erhebliche Kosten verursachen; die Vollstreckungsaussichten sind hingegen unklar.

II. (Gestaltender Teil)

Zu den gestaltenden Regelungen des Insolvenzplans:

1) Vorbemerkung

Im gestaltenden Teil des Insolvenzplans wird festgelegt, wie die Rechtsstellung der Beteiligten durch den Insolvenzplan geändert werden soll (§ 221 InsO).

Mit der Rechtskraft der Bestätigung des Insolvenzplans („Planwirksamkeit“) treten die im gestaltenden Teil festgelegten Wirkungen für und gegen alle Beteiligten ein (§ 254 Abs. 1 Satz 1 InsO).

2) Maßnahmen des Insolvenzplans

Im Rahmen des Insolvenzplans sollen folgende gestaltende Maßnahmen umgesetzt werden:

- Bildung von Gläubigergruppen im Rahmen des Insolvenzplans
- Abgeltung der Insolvenzforderungen
- Übertragung der Anteile der Aktionäre der a.i.s. AG an den Investor

Hierzu im Detail:

a) Gruppenbildung

Im Rahmen des Insolvenzplans werden folgende Gruppen gebildet:

- Öffentlich-rechtliche Insolvenzgläubiger
- Privatrechtliche Insolvenzgläubiger
- Aktionäre der a.i.s. AG

Die Gläubigergruppen werden hierbei wie folgt definiert:

Gruppe 1: Öffentlich-rechtliche Insolvenzgläubiger

Angehörige der Gruppe 1, Öffentlich-rechtliche Insolvenzgläubiger, sind:

- Insolvenzgläubiger, die selbst Teil der öffentlichen Hand sind (also z.B. Bund, Länder, Gemeinden, deren Verwaltungsbehörden, rechtlich selbstständige Sondervermögen) bzw.
- Insolvenzgläubiger, deren Forderungen öffentlich-rechtlicher Natur sind (also etwa Ansprüche von IHKs, Universitäten, öffentlich-rechtlichen Stiftungen, beliehenen Unternehmen usw.).

Gruppe 2: Privatrechtliche Insolvenzgläubiger

Angehörige der Gruppe 2, Privatrechtliche Insolvenzgläubiger, sind:

- Insolvenzgläubiger, deren Forderungen privatrechtlicher Natur sind,

Gruppe 3: Aktionäre der a.i.s. AG

Angehörige der Gruppe 3, Aktionäre der a.i.s. AG, sind:

- Die Aktionäre der a.i.s AG, mit ihren Anteilen an der Gesellschaft

b) Vergütung des Insolvenzverwalters

– FREI –

Hinweis: Zur Vergütung des Insolvenzverwalters hat dieser eine Erklärung abgegeben, die als Anlage „Erklärung Begrenzung Verwaltervergütung“ i.S.v. § 230 Abs. 3 InsO diesem Plan beigelegt ist.

c) Abgeltung der Insolvenzforderungen

Die Gläubiger der Gruppen 1 bis 3 erhalten auf ihre Forderungen im Rang von § 38 InsO im Rahmen des Insolvenzplans insgesamt, gemeinschaftlich, aus der Insolvenzmasse eine Zahlung in Höhe von dem nach Begleichung aller Masseverbindlichkeiten verbleibenden Betrage (vermutlich etwas mehr als € 21.000,00). Die Gläubiger erhalten hingegen keine Zahlungen auf ihre nachrangigen Ansprüche (also etwa in Bezug auf Anteile an der a.i.s. AG bzw. nachrangigen Insolvenzforderungen).

Der jeweils auf den einzelnen Gläubiger entfallende Teilbetrag (Quotenzahlung) ergibt sich rechnerisch (Prozentrechnung) durch das Verhältnis der (nicht nachrangigen) Forderungen der Gläubiger zueinander; ein Gläubiger, der zehn Prozent der (nicht nachrangigen) Insolvenzforderungen hält, erhält also zehn Prozent des vorgenannten Betrages.

Die Gläubiger erklären gegenüber der a.i.s. AG für den Fall der rechtskräftigen Annahme des Insolvenzplans und der Zahlung der Quote gemäß diesem Insolvenzplan den Verzicht auf den Restbetrag ihrer nicht durch die Zahlung beglichenen Insolvenzforderungen. Die a.i.s. AG nimmt diesen Verzicht an.

Mit Rechtskraft des Planes wird der Schuldner nach Maßgabe der §§ 254, 254a und 254b InsO von allen Forderungen der Insolvenzgläubiger, möglicher Mitschuldner oder Bürgen (vgl. § 254 Abs. 2 Satz 2 InsO) befreit.

Forderungen, die nicht zur Insolvenztabelle angemeldet worden sind, werden nach Aufhebung des Insolvenzverfahrens durch die a.i.s. AG quotal bedient, wie die im Insolvenzverfahren berücksichtigten Insolvenzforderungen.

Für Forderungen, die nicht zur Insolvenztabelle angemeldet worden sind gilt kraft Gesetzes die Sonderverjährung nach § 259b InsO.

d) Übertragung Anteile an a.i.s. AG

Im Hinblick auf die Anteile an der a.i.s. AG soll Folgendes geschehen:

Die Aktien der a.i.s. AG werden durch Abtretung von 73,50 Prozent der Anteile (Aktien) der bisherigen Aktionäre der a.i.s. AG von diesen auf den Investor

L°Industrielle Franco-Allemande
Société par actions simplifiée
112 avenue de Kleber
75116 Paris
Frankreich
Handelsregister Paris (Tribunal de Commerce de Paris)
Registernummer 352 914 477

übertragen.

Die L°Industrielle Franco-Allemande SAS erwirbt diese Anteile von den bisherigen Aktionären der a.i.s. AG, durch Abtretung.

Von insgesamt 8.000.000 nennwertlosen Aktien (zu insgesamt € 10.226.000) insgesamt werden also 5.880.000 nennwertlose Aktien auf den Investor übertragen.

Der einzelne bisherige Aktionär der a.i.s. AG verliert 73,50 Prozent seines Aktienbestandes; hierbei wird, soweit Bruchteile von Aktien verbleiben, mathematisch zu Gunsten des Aktionärs aufgerundet (bei einem Bestand von 100 Aktien werden also 74 Aktien, bei einem Bestand von lediglich 3 Aktien wird nur 1 Aktie übertragen).

Die Abtretungserklärung aller bisherigen Aktionäre der a.i.s. AG wird im Rahmen des Insolvenzplans gesetzlich fingiert (siehe §§ 254, 254a Abs. 2, 225a Abs. 3 InsO).

Der Investor L°Industrielle Franco-Allemande SAS hat der Abtretung der Anteile an ihn bereits vorab gemäß der **ANLAGE Abtretung** zugestimmt. Die Abtretung der Anteile an den Investor wird (aufschiebende Bedingung) wirksam mit Rechtskraft des Insolvenzplans.

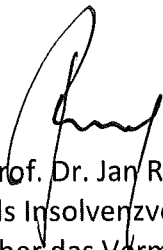
Die bisherigen Aktionäre der a.i.s. AG verlieren daher 73,50 Prozent ihrer Anteile. Die Aktionäre erhalten hierfür keine Entschädigung, da der wirtschaftliche Wert der Anteile bei € 0,00 liegt.

Maßgeblich für den Zeitpunkt des Anteilsverlustes der bisherigen Aktionäre bzw. für den Anteilserwerb des Investors ist der Zeitpunkt der Rechtskraft des Insolvenzplans (Tag des Ablaufs der Rechtsmittelfrist, 24.00 Uhr).

Gemäß §§ 217, 225a Abs. 3 InsO können Anteile an Kapitalgesellschaften im Rahmen eines Insolvenzplans in das Insolvenzverfahren einbezogen und auf neue Inhaber übertragen werden, auch wenn diese Anteile nicht unmittelbar Vermögen der insolventen Kapitalgesellschaft darstellen.

Die mittels des Insolvenzplans erlaubte Umgestaltung der Rechte der an dem insolventen Unternehmen beteiligten Personen kann durch Anteilsübertragungen (§ 225a Abs 3), durch Kapitalschnitt, durch Einziehung, durch Umwandlungen (zB Formwechsel) nach UmwG, durch Kapitalmaßnahmen wie insbesondere die Umwandlung von Gläubigerforderungen in Gesellschaftsanteile im Wege der Sacheinlage (§ 225a Abs. 2 S. 1), den sogenannten „Debt-Equity-Swap“, oder durch Fortsetzungsbeschluss erreicht werden (so ausdrücklich und wörtlich: Uhlenbruck, Kommentar zur InsO, 15. Auflage (2019), § 217 InsO, Randziffer 52).

Die in den Insolvenzplan aufgenommenen, für die im Insolvenzplan geregelten gesellschaftsrechtlichen Maßnahmen notwendigen Willenserklärungen der Altgesellschafter gelten aufgrund von §§ 254, 254a Abs. 2 Satz 1 InsO i. V. m. § 225a Abs. 3 InsO mit Rechtskraft des Planbestätigungsbeschlusses als abgegeben. Die Altgesellschafter müssen daher nicht zusätzlich ausdrücklich zustimmen (siehe hierzu: Uhlenbruck, Kommentar zur InsO, 15. Auflage (2019), § 217 InsO, Randziffer 45).



Prof. Dr. Jan Roth
als Insolvenzverwalter
über das Vermögen der a.i.s. AG

ANLAGEN

- Insolvenztabelle a.i.s. AG
- Anlage Handelsregister (Investorin)
- Anlage Treuhandkonto
- Anlage ABTRETUNG

Amtsgericht Darmstadt
Mathildenplatz 15
64283 Darmstadt

Tabelle nach § 175 InsO

Schuldner:
a.i.s. AG
Auf der Aue 9
69488 Birkenau

im Insolvenzverfahren
a.i.s. AG

Insolvenzverwalter:
Rechtsanwalt
Prof. Dr. Jan Roth
Oberlindau 54-56
60323 Frankfurt am Main

Blatt 1

Geschäfts-Nr.: 9 IN 517/15

Rang: § 38

22.09.2022

Lfd.Nr.	Gläubiger Name und Anschrift	Gläubigervertreter Name und Anschrift	Tag der Anmeldung	Angemeldete Forderung	Grund der Forderung	Ergebnis der Forderungsprüfung	Berichtigungen / Bemerkungen
§ 38 - 1	Creditreform Darmstadt Skoruppa KG vertr. d. d. Komplementär Reinhard Skoruppa Am Kavalleriesand 47 64295 Darmstadt		10.12.2015	655,45 EUR 37,90 EUR 67,00 EUR <hr/> 760,35 EUR	Mitgliedsbeitrag, Vollstreckungsbescheid AG Hünfeld vom 13.08.2015 zu Az. 15-5662263-0-0 Zinsen Kosten GESAMTFORDERUNG	Festgestellt.	
			10.12.2015	659,01 EUR 83,46 EUR 80,67 EUR <hr/> 823,14 EUR	Mitgliedsbeitrag, Vollstreckungsbescheid AG Hünfeld vom 19.09.2014 zu Az. 14-5746525-0-5 Zinsen Kosten GESAMTFORDERUNG	Festgestellt.	
§ 38 - 2	Frau Marianne Scheel Schwalbenweg 9 12529 Schönefeld		11.01.2016	2.716,19 EUR 2.890,73 EUR <hr/> 5.606,92 EUR	Wertpapiere der a.i.s. AG, Wertpapierabrechnung vom 15.05.1998 (Kauf am 15.05.1998 in Berlin), Depotr. 7520558095 Zinsen GESAMTFORDERUNG	Vom Insolvenzverwalter in voller Höhe bestritten.	
§ 38 - 3	EQS Group AG vertr. d. d. Vorstand Achim Weick u. Christian Pfleger Karlstrasse 47 80333 München		11.01.2016	576,05 EUR 60,40 EUR 217,55 EUR <hr/> 854,00 EUR	Dienstleistung, Vollstreckungsbescheid AG Coburg vom 20.05.2015 zu Az. 15-7316109-0-4 Zinsen Kosten GESAMTFORDERUNG	Festgestellt.	
			11.01.2016	238,00 EUR 23,45 EUR	Dienstleistung, Vollstreckungsbescheid AG Coburg vom 20.05.2015 zu Az. 15-7316109-0-4 Zinsen	Festgestellt.	

Amtsgericht Darmstadt
Mathildenplatz 15
64283 Darmstadt

Tabelle nach § 175 InsO

Schuldner:
a.i.s. AG
Auf der Aue 9
69488 Birkenau

Geschäfts-Nr.: 9 IN 517/15

im Insolvenzverfahren
a.i.s. AG

Insolvenzverwalter:
Rechtsanwalt
Prof. Dr. Jan Roth
Oberlindau 54-56
60323 Frankfurt am Main

Blatt 2

22.09.2022

Rang: § 38

Lfd.Nr.	Gläubiger Name und Anschrift	Gläubigervertreter Name und Anschrift	Tag der Anmeldung	Angemeldete Forderung	Grund der Forderung	Ergebnis der Forderungsprüfung	Berichtigungen / Bemerkungen
				261,45 EUR	GESAMTFORDERUNG		
§ 38 - 4	Eheleute Antonia und Rosario Li-Manni Sankt-Augustiner-Straße 11 53225 Bonn		12.01.2016	1.700,00 EUR	Wertpapiere, Wertpapier Abrechnung Kauf vom 13.02.2007, Depotnr. 800040651, RG-Nr. W01045-0000058530/07	Vom Insolvenzverwalter in voller Höhe bestritten.	
				1.700,00 EUR	GESAMTFORDERUNG		
§ 38 - 5	Land Hessen vertr. d. d. Finanzamt Darmstadt Soderstraße 30 64283 Darmstadt		13.01.2016	6.934.625,63 EUR	USt 2011+05/12+1.Quar. 12+2012+03/13+10/13+12/13+2 013+03/14,Zinsen USt 2011+2012	Vom Insolvenzverwalter in voller Höhe bestritten.	
				680.663,50 EUR	Säumniszuschläge		
				119,80 EUR	Kosten		
				7.615.408,93 EUR	GESAMTFORDERUNG		
§ 38 - 6	WUB Wirtschafts- und Unternehmensberatung, Inh. Ursula Willmann Alsweder Landstraße 10 32339 Espelkamp		15.01.2016	71.400,00 EUR	Buchhaltung, Vorbereitungen der Jahresabschlüsse, Vorbereitungen für den WP, Rechnung vom 04.01.2016 zu RG-Nr. W-R20160130, Vereinbarung v. 22.02.2010	Vom Insolvenzverwalter in voller Höhe bestritten.	
				71.400,00 EUR	GESAMTFORDERUNG		
§ 38 - 7	Herrn Dr. Klaus Willmann Weidensiek 11 32339 Espelkamp		15.01.2016	58.287,25 EUR	Aufsichtsratsvergütung seit April 2007 bis 2011 gemäß Satzung der a.i.s.AG (Hauptversammlung am 16.08.2013 festgestellt)	Vom Insolvenzverwalter in voller Höhe bestritten.	
				58.287,25 EUR	GESAMTFORDERUNG		
			15.01.2016	36.813,00 EUR	Aufsichtsratsvergütung Jahre 2012-2014 gemäß Satzung der a.i.s. AG	Vom Insolvenzverwalter in voller Höhe bestritten.	
				36.813,00 EUR	GESAMTFORDERUNG		

Amtsgericht Darmstadt
Mathildenplatz 15
64283 Darmstadt

Tabelle nach § 175 InsO

Schuldner:
a.i.s. AG
Auf der Aue 9
69488 Birkenau

Geschäfts-Nr.: 9 IN 517/15

im Insolvenzverfahren
a.i.s. AG

Insolvenzverwalter:
Rechtsanwalt
Prof. Dr. Jan Roth
Oberlindau 54-56
60323 Frankfurt am Main

Blatt 3

22.09.2022

Rang: § 38

Lfd.Nr.	Gläubiger Name und Anschrift	Gläubigervertreter Name und Anschrift	Tag der Anmeldung	Angemeldete Forderung	Grund der Forderung	Ergebnis der Forderungsprüfung	Berichtigungen / Bemerkungen
§ 38 - 8	Herrn Dieter Gromm Max-Halbach-Straße 82 45472 Mülheim		14.01.2016	1.950,00 EUR	Aktien 157 Stück der a.i.s AG, Wertpapierabrechnung v. 02.10.1996 zu Depotnr. 90455479	Vom Insolvenzverwalter in voller Höhe bestritten.	
				1.950,00 EUR	GESAMTFORDERUNG		
§ 38 - 9	Herrn Edwin Schick Schützenstraße 16 97849 Roden		18.01.2016	2.600,00 EUR	Aktien, Kauf am 06.10.1999, 500 Stück, Depotnr. 007685780200	Vom Insolvenzverwalter in voller Höhe bestritten.	
				2.600,00 EUR	GESAMTFORDERUNG		
§ 38 - 10	LTS Steuerberatungsgesellschaft mbH vertr.d.d. GF Dr.jur. S. Hoischen,J. Winkler,U. Schäfermeier,Dr.jur. A. Kögel, C. Hörster u. Dipl.-Kfm. S. Horst Bunsenstraße 3 32052 Herford		15.01.2016	1.826,23 EUR	Beratungstätigkeiten Verfahren a.i.s. AG./FA Darmstadt 1 K 2581/13, Zeitraum Juli 2013 bis Februar 2014, Restforderung aus Rechnung v. 18.07.2013 zu RG-Nr. 2474	Vom Insolvenzverwalter in voller Höhe bestritten.	Nunmehr in voller Höhe festgestellt.
				113,56 EUR	Zinsen		
				1.939,79 EUR	GESAMTFORDERUNG		
§ 38 - 11	LTS Rechtsanwälte Wirtschaftsprüfer Steuerberater Partnerschaft mbB, vertr. d. d. Partner Dr.jur. S. Hoischen,J. Winkler,U. Schäfermeier, H. Peterk,Dr.jur. A. Kögel,C. Hörster Bunsenstraße 3 32052 Herford		15.01.2016	16.165,38 EUR	Beratungstätigkeiten Verfahren a.i.s. AG./ FA Darmstadt 1 K 2581/13, Zeitraum Juli 2013 bis Februar 2014, RGen v. 18.02.2014 zu RG-Nr. 2014000191 u. v. 04.09.2014 zu RG-Nr. 2014000768	Vom Insolvenzverwalter in voller Höhe bestritten.	Nunmehr in voller Höhe festgestellt.
				1.133,47 EUR	Zinsen		
				17.298,85 EUR	GESAMTFORDERUNG		
§ 38 - 12	Herrn Gernut Bonack Rua da Murteira 32 3025-587 Vila de Matos PORTUGAL		18.01.2016	86.432,00 EUR	Aktien a.i.s.AG, Depotnr. 538505563	Vom Insolvenzverwalter in voller Höhe bestritten.	
				86.432,00 EUR	GESAMTFORDERUNG		
			18.01.2016	83.918,92 EUR	Aktien, Depotnr. 140129560	Vom Insolvenzverwalter in voller Höhe bestritten.	
				83.918,92 EUR	GESAMTFORDERUNG		

Amtsgericht Darmstadt
Mathildenplatz 15
64283 Darmstadt

Tabelle nach § 175 InsO

Schuldner:
a.i.s. AG
Auf der Aue 9
69488 Birkenau

Geschäfts-Nr.: 9 IN 517/15

im Insolvenzverfahren
a.i.s. AG

Insolvenzverwalter:
Rechtsanwalt
Prof. Dr. Jan Roth
Oberlindau 54-56
60323 Frankfurt am Main

Blatt 4

22.09.2022

Rang: § 38

Lfd.Nr.	Gläubiger Name und Anschrift	Gläubigervertreter Name und Anschrift	Tag der Anmeldung	Angemeldete Forderung	Grund der Forderung	Ergebnis der Forderungsprüfung	Berichtigungen / Bemerkungen
§ 38 - 13	Eheleute Marianne und Prof. Dr.-Ing. Rudi Grütz Wildstraße 27 41239 Mönchengladbach		18.01.2016	2.082,75 EUR	Anteile an Aktienkapital, Kaufdatum 30.10.2000 (Loesch Umweltschutz AG)+02.01.2003,06.08.2004,03. 01.2005,05.05.2006,28.01.2008 (a.i.s. AG),Targobank Depot-Nr. 34655555511 (vorher Stadtsparkasse Mönchengladbach Depot-Nr. 7317233)	Vom Insolvenzverwalter in voller Höhe bestritten.	
				2.082,75 EUR	GESAMTFORDERUNG		
§ 38 - 14	Land Hessen (Justizverwaltung) vertr. d.d. Gerichtskasse Kassel Frankfurter Strasse 9 34117 Kassel		08.02.2016	18.055,70 EUR	Gebühren, Hessisches Finanzgericht, Kz. 5523800077 u. 5955300075, RGen v. 16.04.14 u. 01.10.15	Festgestellt.	
				43,55 EUR	Kosten		
				18.099,25 EUR	GESAMTFORDERUNG		
§ 38 - 15	Herrn Ludwig Thelen Hermesberg 7 41179 Mönchengladbach		16.02.2016	3.205,73 EUR	Aktien-Vermögen, 1000 Stück Aktienkauf, Auszug Dresdner Bank AG vom 12.02.2007 (Depotkonto-Nr. 300 89 405 343 00)	Vom Insolvenzverwalter in voller Höhe bestritten.	
				3.205,73 EUR	GESAMTFORDERUNG		
			16.02.2016	1.435,17 EUR	Aktien-Vermögen, 4000 Stück Aktienkauf abzgl. 2000 Stück Aktienverkauf, Auszug Dresdner Bank vom 11.01.2008 (Depotkonto-Nr. 300 89 405 343 00), Auszug ING-DiB AG vom 16.05.2013	Vom Insolvenzverwalter in voller Höhe bestritten.	
				1.435,17 EUR	GESAMTFORDERUNG		

Amtsgericht Darmstadt
Mathildenplatz 15
64283 Darmstadt

Tabelle nach § 175 InsO

Schuldner:
a.i.s. AG
Auf der Aue 9
69488 Birkenau

Geschäfts-Nr.: 9 IN 517/15

im Insolvenzverfahren
a.i.s. AG

Insolvenzverwalter:
Rechtsanwalt
Prof. Dr. Jan Roth
Oberlindau 54-56
60323 Frankfurt am Main

Blatt 5

22.09.2022

Rang: § 38

Lfd.Nr.	Gläubiger Name und Anschrift	Gläubigervertreter Name und Anschrift	Tag der Anmeldung	Angemeldete Forderung	Grund der Forderung	Ergebnis der Forderungsprüfung	Berichtigungen / Bemerkungen
§ 38 - 16	Frau Claudia Seeler Notarin N 7,19 68161 Mannheim		13.04.2016	2.204,60 EUR	Kostenrechnung zu Ordentliche Hauptversammlung vom 16.08.2013 (7 UR 2100/2013), Kostenrechnung vom 09.11.2015 zur RG-Nr. 217220 GESAMTFORDERUNG	Festgestellt.	
				2.204,60 EUR			
§ 38 - 17	Deutsche Emissionshandelsstelle im Umweltbundesamt Bismarckplatz 1 14193 Berlin		04.05.2016	400,00 EUR	Kostenfestsetzung im Verfahren auf Kontoeinrichtung nach § 22 Abs. 1 TEHG für die Handelsperiode 2013 bis 2020, Kostenbescheid vom 22.08.2014 zur Kz. 101580098974 Mahnkosten GESAMTFORDERUNG	Festgestellt.	
				9,46 EUR			
				409,46 EUR			
§ 38 - 18	Berufsgenossenschaft Rohstoffe und chemische Industrie Kurfürsten-Anlage 62 69115 Heidelberg		11.07.2016	33,46 EUR	Beiträge für die Jahre 2013, 2014 und 2015 gem. Beitragsbescheid für 2013 v. 11.07.14, Beitragsbescheid für 2014 v. 10.07.15 und Beitragsberechnung für 2015 v. 17.06.16 GESAMTFORDERUNG	Festgestellt.	
				33,46 EUR			
§ 38 - 19	Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht vertr. d.d. Präsident Felix Hufeld Graurheindorfer Straße 108 53117 Bonn		20.07.2016	138,84 EUR	Endgültige Umlage für den Aufsichtsbereich Wertpapierhandel - Gruppe Emittenten für das Jahr 2014, GZ: Z 2-AF 4000-E-40001128-2014/0001-A 14, Kassenzeichen: BaFin 8104 3240 8647, abzgl. Verrechnung mit Guthaben der Bilanzkontrollkosten für das Jahr 2014 Mahngebühren/Säumniszuschläge	Festgestellt.	
				12,50 EUR			

Amtsgericht Darmstadt
Mathildenplatz 15
64283 Darmstadt

Tabelle nach § 175 InsO

Schuldner:
a.i.s. AG
Auf der Aue 9
69488 Birkenau

im Insolvenzverfahren
a.i.s. AG

Insolvenzverwalter:
Rechtsanwalt
Prof. Dr. Jan Roth
Oberlindau 54-56
60323 Frankfurt am Main

Blatt 6

22.09.2022

Geschäfts-Nr.: 9 IN 517/15

Rang: § 38

Lfd.Nr.	Gläubiger Name und Anschrift	Gläubigervertreter Name und Anschrift	Tag der Anmeldung	Angemeldete Forderung	Grund der Forderung	Ergebnis der Forderungsprüfung	Berichtigungen / Bemerkungen
				151,34 EUR	GESAMTFORDERUNG		
			20.07.2016	250,00 EUR	Vorauszahlung auf die Emittentenumlage des Aufsichtsbereichs Wertpapierhandel des Umlagejahres 2015, GZ: Z 2-AF 4000-E-40001128-2014/0002-V 15, Kassenzeichen: BaFin 8104 3238 3653	Festgestellt.	Nunmehr festgestellt in Höhe von 18,00 EUR. In Höhe von 250,00 EUR vom Gläubiger zurückgenommen.
				18,00 EUR	Mahngebühren/Säumniszuschläge		
				268,00 EUR	GESAMTFORDERUNG		
			20.07.2016	881,00 EUR	Vorauszahlung auf die Umlage der Bilanzkontrollkosten der BaFin und der Prüfstelle für das Jahr 2015, GZ: Z 2-AF 4000-P-40001128-2014/0002-V 15, Kassenzeichen: BaFin 8520 0018 7085	Festgestellt.	Nunmehr festgestellt in Höhe von 56,00 EUR. In Höhe von 881,00 EUR vom Gläubiger zurückgenommen.
				56,00 EUR	Mahngebühren/Säumniszuschläge		
				937,00 EUR	GESAMTFORDERUNG		
§ 38 - 20	Land Niedersachsen vertr. d.d. Oberfinanzdirektion Niedersachsen -Zentrale Vollstreckungsstelle- Schloßplatz 3 26603 Aurich		26.07.2016	3.068,20 EUR	restliche Gerichtskosten OLG Oldenburg, AZ 1 U 126/08, a.i.s. AG gegen Prof. Dr. Hennerkes u.a., Kassenzeichen 1601900051338	Festgestellt.	
				152,25 EUR	Kosten		
				3.220,45 EUR	GESAMTFORDERUNG		
§ 38 - 21	Herrn Joachim Ring Am Grünen Hof 8 13465 Berlin		04.05.2017	4.548,60 EUR	100 Stück Inhaber-Aktien, Wertpapierbez. Loesch Umweltschutz AG Aktien, Kenn-Nr. 649290, Auftrag v. 02.07.1998 zur Nr. 9802975	Vom Insolvenzverwalter in voller Höhe bestritten.	Nunmehr vom Gläubiger zurückgenommen in Höhe von 2.274,60 EUR. In Höhe von 2.274,00 EUR vom Insolvenzverwalter bestritten.

Amtsgericht Darmstadt
Mathildenplatz 15
64283 Darmstadt

Tabelle nach § 175 InsO

Schuldner:
a.i.s. AG
Auf der Aue 9
69488 Birkenau

Geschäfts-Nr.: 9 IN 517/15

im Insolvenzverfahren
a.i.s. AG

Insolvenzverwalter:

Rechtsanwalt
Prof. Dr. Jan Roth
Oberlindau 54-56
60323 Frankfurt am Main

Blatt 7

22.09.2022

Rang: § 38

Lfd.Nr.	Gläubiger Name und Anschrift	Gläubigervertreter Name und Anschrift	Tag der Anmeldung	Angemeldete Forderung	Grund der Forderung	Ergebnis der Forderungsprüfung	Berichtigungen / Bemerkungen
				4.548,60 EUR	GESAMTFORDERUNG		
§ 38 - 22	Deutsche Rentenversicherung Knappschaft Bahn-See Minijob-Zentrale vertr.d.d.GF Direktor Held Hollestraße 7b 45127 Essen		10.05.2017	528,05 EUR 90,50 EUR 10,00 EUR 628,55 EUR	Beiträge, Umlagen und Pauschsteuer aus geringfügiger Beschäftigung, Zeitraum 01.10.2014 bis 31.05.2015 Säumniszuschläge Kosten GESAMTFORDERUNG	Festgestellt.	
§ 38 - 23	Deutsche Börse AG vertr.d.d. Vorstand C. Kengeter, A. Preuß, G. Pottmeyer, H. Stars, J. Tessler Neue Börsenstraße 1 60487 Frankfurt		30.05.2017	42.395,83 EUR 12.263,42 EUR 54.659,25 EUR	Gebühr Handel d. Wertpapiers Teilber. d. regul. Marktes, RGen v. 22.09.+20.11.08, 24.03.+31.05.+04.09.+02.12.09, 31.05.+31.08.+30.11.10, 28.02.+18.05.+24.08.+30.11.11, 14.03.+08.05.+27.08.+20.11.13, 11.02.+31.05.14+31.08.+30.11.14, 16.02.+31.05.+31.08.+07.12.05 Zinsen GESAMTFORDERUNG	Vom Insolvenzverwalter in voller Höhe bestritten.	
§ 38 - 24	Land Hessen (Justizverwaltung) vertr. d.d. Gerichtskasse Kassel Frankfurter Strasse 9 34117 Kassel		14.08.2017 14.08.2017	68,50 EUR 68,50 EUR 68,50 EUR 68,50 EUR	Gerichtskosten, LG DA zu Az. 5 T 466/15 001 (100), Beschwerdesache a.i.s. AG gegen FA DA, Kostenreg. v. 21.09.2015, Buchungsz. 00012866401008 GESAMTFORDERUNG Gerichtskosten, LG DA zu Az. 5 T 586/15 001 (100), Beschwerdesache a.i.s. AG, Kostenreg. v. 24.09.2015, Buchungsz. 00012885801006 GESAMTFORDERUNG	Festgestellt. Festgestellt.	

Amtsgericht Darmstadt
Mathildenplatz 15
64283 Darmstadt

Tabelle nach § 175 InsO

Schuldner:
a.i.s. AG
Auf der Aue 9
69488 Birkenau

Geschäfts-Nr.: 9 IN 517/15

im Insolvenzverfahren
a.i.s. AG

Insolvenzverwalter:
Rechtsanwalt
Prof. Dr. Jan Roth
Oberlindau 54-56
60323 Frankfurt am Main

Blatt 8

22.09.2022

Rang: § 38

Lfd.Nr.	Gläubiger Name und Anschrift	Gläubigervertreter Name und Anschrift	Tag der Anmeldung	Angemeldete Forderung	Grund der Forderung	Ergebnis der Forderungsprüfung	Berichtigungen / Bemerkungen
§ 38 - 25	Stadt Köln Die Oberbürgermeisterin Laurenzplatz 1-3 50667 Köln		20.09.2017	66.922,00 EUR	Gewerbesteuer 2005, Zinsen § 233a AO für 2005, Kassenz. 206.101.225.509, Bescheid über Gewerbesteuer 2005 vom 08.07.2010	Vom Insolvenzverwalter in voller Höhe bestritten.	
				35.840,00 EUR	Zinsen		
				51,53 EUR	Kosten		
	102.813,53 EUR	GESAMTFORDERUNG					
§ 38 - 26	Land Baden-Württemberg vertr. d. d. Landesoberkasse Baden-Württemberg Steinhäuserstraße 11 76135 Karlsruhe		22.02.2018	2.204,60 EUR	Restforderung aus Kostenrechnung v. 26.01.18 Kassenz. 1869950810667		
				2.204,60 EUR	GESAMTFORDERUNG		
§ 38 - 27	Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht vertr. d.d. Präsident Felix Hufeld Graurheindorfer Straße 108 53117 Bonn		17.02.2017	250,00 EUR	Umlageabrechnung für das Umlagejahr 2015, Aufsichtsbereich Wertpapierhandel - Gruppe Emittenten, gem. Umlagebescheid GZ: ZII 2-AF 4000-E-40001128-2014/0001-A 15, Kassenzzeichen: BaFin 8104 3247 3199		
				250,00 EUR	GESAMTFORDERUNG		
			17.02.2017	250,00 EUR	Umlegung Bilanzkontrollkosten d. BaFin u. d. Prüfstelle, Abrechnung für das Umlagejahr 2015, gem. Umlagebescheid GZ: Z 2-AF 4000-P-40001128-2016/0001-A 15, Kassenzzeichen: BaFin 8520 0020 7492		
	250,00 EUR	GESAMTFORDERUNG					

Summe über Rang: 8.183.593,34 EUR

Gesamtsumme: 8.183.593,34 EUR



N° de gestion 2021B07270

Extrait Kbis

EXTRAIT D'IMMATRICULATION PRINCIPALE AU REGISTRE DU COMMERCE ET DES SOCIÉTÉS
à jour au 3 août 2021

IDENTIFICATION DE LA PERSONNE MORALE

<i>Immatriculation au RCS, numéro</i>	894 856 285 R.C.S. Paris
<i>Date d'immatriculation</i>	05/03/2021
<i>Dénomination ou raison sociale</i>	L'INDUSTRIELLE FRANCO-ALLEMANDE (IFA/UCPMI)
<i>Forme juridique</i>	Société par actions simplifiée
<i>Capital social</i>	2 401 000,00 EUROS
<i>Adresse du siège</i>	112 avenue Kléber 75116 Paris
<i>Domiciliation en commun</i>	
<i>Nom ou dénomination du domiciliataire</i>	REGUS
<i>Immatriculation au RCS, numéro</i>	352 914 477
<i>Activités principales</i>	L'acquisition, la détention, la gestion, la cession ou la prise de toute participation ainsi que la souscription de tout financement; apporter toute assistance; réaliser toutes opérations industrielles, commerciales et financières, mobilières et immobilières.
<i>Durée de la personne morale</i>	Jusqu'au 04/03/2120
<i>Date de clôture de l'exercice social</i>	31 décembre
<i>Date de clôture du 1er exercice social</i>	31/12/2021

GESTION, DIRECTION, ADMINISTRATION, CONTROLE, ASSOCIÉS OU MEMBRES

Président

<i>Nom, prénoms</i>	Petiet Louis
<i>Date et lieu de naissance</i>	Le 06/07/1957 à Neuilly-sur-Seine (92)
<i>Nationalité</i>	Française
<i>Domicile personnel</i>	40 rue peintre lebrun 78000 Versailles

RENSEIGNEMENTS RELATIFS A L'ACTIVITE ET A L'ETABLISSEMENT PRINCIPAL

<i>Adresse de l'établissement</i>	112 avenue Kléber 75116 Paris
<i>Activité(s) exercée(s)</i>	L'acquisition, la détention, la gestion, la cession ou la prise de toute participation ainsi que la souscription de tout financement; apporter toute assistance; réaliser toutes opérations industrielles, commerciales et financières, mobilières et immobilières.
<i>Date de commencement d'activité</i>	28/02/2021
<i>Origine du fonds ou de l'activité</i>	Création
<i>Mode d'exploitation</i>	Exploitation directe

Le Greffier



FIN DE L'EXTRAIT

KONTOAUSZUG

80311 MÜNCHEN

18 2FF3 E9D1 77 2004 E518
DV 07.22 0,86 Deutsche Post



*044018*A467*6002*00020049*0407*

Herrn
Rechtsanwalt
Prof. Dr. Jan Roth
c/o WELLENSIEK Rechtsanwälte
Oberlindau 54 - 56
60323 Frankfurt am Main

Kontonummer: 33458665	Bankleitzahl: 503 201 91	Datum: 01.07.2022
BAN: DE65 50320191 0033458665		BIC: HYVEDEMM430
Buchungstag: 01.07.2022	Auszug: 2	Seite: 1
Kontoinhaber: Jan Thomas Roth		
Kontoinhaber: i.S. a.i.s. AG i.I.		
Anerkennungspartner: Thom Markus		Telefon: 0711 2051-1023

Buchung/Wert	Buchungsinformation	Saldo/Umsatz
	Ihr alter Kontostand per 01.04.2022: EUR	159.364,40+
01.07. ABSCHLUSS		36,00-
30.06.		
	Ihr neuer Kontostand: EUR	159.328,40+

Guthaben sind als Einlagen nach Maßgabe des Einlagensicherungs-gesetzes entschädigungsfähig. Nähere Informationen können dem "Informationsbogen für den Einleger" entnommen werden.



Wir bitten Sie, die Angaben auf Richtigkeit und Vollständigkeit zu überprüfen. Einwendungen bitten wir unverzüglich zu erheben.

Schecks, Wechsel, sonstige Einzugs-papiere und Gutschriften aus Wertpapier-erträgen werden unter dem Vorbehalt des Eingangs gutgeschrieben.

Maschinell erstellte Auszüge, Abrechnungen, Buchungsaufgaben und Anzeigen werden von uns nicht unterzeichnet.

Hinweise für grenzüberschreitenden Zahlungsverkehr

Nach § 11 Abs. 2 des Außenwirtschafts-gesetzes (AWG) sind Inländer verpflichtet, Zahlungen von mehr als 12.500 Euro oder Gegenwert an die Deutsche Bundesbank zu melden, die sie von Ausländern entgegen-nehmen oder an Ausländer leisten. Hierzu zählen auch Erträge aus ausländischen Wert-papieren (Zinsen oder Dividenden). Hinweise zur Meldereinreichung erhalten Sie auf der Website www.bundesbank.de oder über die Hotline der Deutschen Bundesbank 0800-1234 111 (entgeltfrei).

Umsatzsteuerliche Angaben:

Unsere Umsatzsteuer-Identifikationsnummer: DE 129 273 380

Die von uns abgerechneten Leistungen sind umsatzsteuerfrei nach § 4 Nr. 8 UStG. Inso-weit über eine umsatzsteuerpflichtige Lei-stung abgerechnet wird, ist darauf gesondert hingewiesen bzw. Sie erhalten eine separate Rechnung.

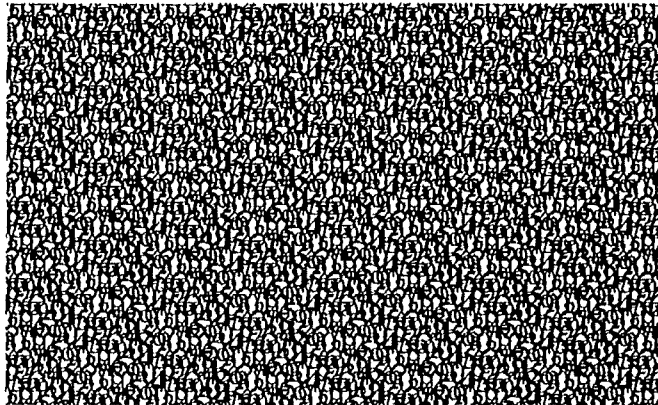
Die Rechnungsnummer für die mit diesem Kontoauszug umsatzsteuerfrei abgerechnete Leistung aus unserer Kontokorrentbeziehung / unserem Zahlungs- und Überweisungsverkehr setzt sich wie folgt zusammen:
9-Kontonummer-Bankleitzahl-Datum.

Für unsere Leistung aus der Kontokorrentbe-ziehung / dem Zahlungs- und Überweisungs-verkehr stellt dieser Kontoauszug und die zu-grundliegende vertragliche Vereinbarung unsere Rechnung gemäß § 14 Umsatzsteuer-gesetz dar.

Hinweise zur Wertstellung

Der angegebene Kontostand berücksichtigt nicht die Wertstellung der Buchungen. Dies bedeutet, dass der genannte Betrag nicht dem tatsächlich zur Verfügung stehenden Guthaben entsprechen muss.

Somit können bei Verfügungen möglicherweise Zinsen für die Inanspruchnahme einer einge-räumten oder geduldeten Kontoüberziehung anfallen.



KONTOABRECHNUNG vom 31.03.22 bis 30.06.22

Kontonummer 33458665	Bankleitzahl 503 201 91	Datum 01.07.2022		
IBAN DE65 50320191 0033458665		BIC HYVEDEMM430	Anspruchsbearer Thom Markus	Telefon 0711 2051-1023
Kontoinhaber Jan Thomas Roth			Kontoinwals i.S. a.i.s. AG i.I.	

gült. bis	Abrechnungsart	%-Satz/Preis	Zinszahl/Anz.	Betrag
30.06.22	Kontoführung			36,00 -EUR
			*	36,00 -EUR

*) Die Abschlussbuchung erfolgt mit Valuta 30.06.2022 auf Konto 33458665 (IBAN DE65 50320191 0033458665).
 Der Sollzinssatz ist der Zinssatz für eingeräumte Kontoüberziehungen (Dispokredit/Kreditlinie).
 Der Überziehungszins ist der Zinssatz für geduldete Kontoüberziehungen, d.h. ohne eingeräumte Überziehungsmöglichkeit bzw. Überziehungen über die eingeräumte Kreditlinie hinaus.



ANLAGE Abtretung

Der Investor

L°Industrielle Franco-Allemande
Société par actions simplifiée
112 avenue de Kleber
75116 Paris
Frankreich
Handelsregister Paris (Tribunal de Commerce de Paris)
Registernummer 352 914 477

erklärt hiermit:

Den Maßnahmen des Insolvenzplans in dem Insolvenzverfahren der a.i.s. AG (Amtsgericht Köln, Aktenzeichen 9 IN 517/15) stimme Ich hiermit zu.

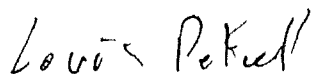
Die L°Industrielle Franco-Allemande SAS zahlt (mit Rechtskraft des Insolvenzplans) insgesamt € 159.500,00 an den Insolvenzverwalter für den Erwerb von 73,50 Prozent der Anteile an der a.i.s. AG aus dem bereits bei dem Insolvenzverwalter eingerichteten Treuhandkonto.

Die L°Industrielle Franco-Allemande SAS nimmt die Abtretung von 73,50 Prozent der Anteile (Aktien) der a.i.s. AG, von den bisherigen Aktionäre der a.i.s. AG an die L°Industrielle Franco-Allemande SAS, hiermit an.

Der Insolvenzverwalter hat den Investor auf Folgendes hingewiesen:

- Nach Aufhebung des Insolvenzverfahrens sind für die Zeit des Insolvenzverfahrens noch Quartals- und Jahresabschlüsse bzw. Veröffentlichungen hierzu im Unternehmensregister hierzu vorzunehmen; dies ist dem Investor bekannt. Er wird hierfür Wirtschaftsprüfer beauftragen.
- Der Erhalt der Börsenzulassung setzt einen **Streubesitz von mindestens 25 Prozent** voraus.
- Gemäß §§ 35, 29 WpÜG muss derjenige, der mindestens 30 Prozent der Anteile einer börsennotierten Gesellschaft erwirbt, den verbliebenen Aktionären ein Übernahmeangebot unterbreiten und deren Aktien erwerben. Dies kann zu einer Gefährdung der Börsenzulassung der a.i.s. AG führen!

Paris, den 21.11.21



(Louis Petiet)

für Industrielle Franco-Allemande SAS

**Erklärung
Begrenzung Verwaltervergütung
Anlage zum Insolvenzplan**

Hiermit erkläre ich gegenüber allen am Insolvenzplanverfahren beteiligten Personen Folgendes:

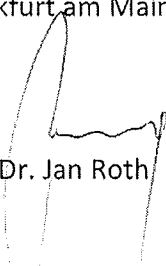
Im Fall des Zustandekommens eines Insolvenzplans bin ich bereit, meine Vergütungsansprüche gemäß den Angaben im Insolvenzplan zu begrenzen.

Meine (weitere) Vergütung soll im Rahmen eines Insolvenzplans (gleich in welcher Fassung) maximal EUR 50.000,00 netto, entsprechend EUR 59.500,00 brutto betragen.

Auslagenersatz wird NICHT gesondert geltend gemacht.

Frankfurt am Main, den 15.09.2022

Prof Dr. Jan Roth

A handwritten signature in black ink, appearing to be 'Jan Roth', written over the printed name 'Prof Dr. Jan Roth'.